

Nationalfeiertag ist Neutralitätsfeiertag



**STIMMEN FÜR
NEUTRALITÄT**

Gemeinsam für Frieden,
Demokratie & soziale Gerechtigkeit

**FÜR NEUTRALITÄTSPOLITIK!
NEIN ZU SKY SHIELD!
NEIN ZUR NATO!
RAUS AUS DER EU-MILITARISIERUNG!
NEIN ZU SANKTIONEN!
NEIN ZU ZENSUR!**

Österreichs Neutralität!

Der Bundespräsident ist laut Verfassung zur Wahrung der Neutralität Österreichs, zur Neutralitätspolitik verpflichtet! Das gilt ebenso für jede Regierung – auch für die künftige Regierung.

Die Teilnahme Österreichs an der sogenannten „Europäischen SKY SHIELD Initiative“ (ESSI) der NATO verstößt gegen das Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 (Art. 1), wonach unser Land „in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten“ wird. „Sky Shield“ ist der Versuch, uns die Illusion zu vermitteln, dass in einem Atomkrieg ein Atomschlag gegen die Russen ohne ernste Folgen geführt werden könnte. In Wahrheit werden wir erst durch die Stationierung von „Sky Shield“ zu einem Angriffsziel.

Nein zur NATO! Raus aus der EU-Militarisierung!

Die NATO ist spätestens seit dem Jugoslawienkrieg 1999, wie auch aktuell, ein Kriegs Bündnis. Unsere Verfassung verbietet den Beitritt und die Zusammenarbeit mit jedwedem Militärbündnis. Trotzdem kooperiert die Republik Österreich seit Langem – in jeglicher Regierungskonstellation – mit dem Militärbündnis. Obwohl eine klare Mehrheit der Österreicher einen NATO-Beitritt ablehnt, wird aktuell in den Hinterzimmern der Macht genau darüber beraten. Wir müssen diesem Vorhaben entschieden entgegentreten. NEIN zur NATO!

Nein zu Sanktionen!

Die Wirtschaftssanktionen der EU und Österreichs gegen die Russische Föderation sind, ihrem Wesen nach, ein Wirtschaftskrieg. Sanktionen, die aus politischen Gründen und ohne UN-Beschluss verhängt werden, sind völkerrechtswidrig. Die Sanktionspolitik, auch jene gegen andere Länder, ist nicht im Interesse Österreichs. Sie schaden auf vielfache Weise und nachhaltig. Explodierende Energiepreise, exorbitant teure Nahrungsmittel oder auch insgesamt merklich gestiegene Lebenshaltungskosten sind ein direktes Ergebnis dieser Sanktionspolitik. Zudem gehen Arbeitsplätze verloren. Unter den Bedingungen globaler Produktions- und Handelsbeziehungen ist Österreich keine Insel. Was in der Welt, was in der EU geschieht, zeigt auch bei uns seine gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Nein zur Zensur!

Der uneingeschränkte Zugang zu Informationen ist eine entscheidende Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Ein freier Informationszugang ist die Grundlage für unsere Meinungsbildung. Gerade auch im Hinblick darauf, unsere Interessen erkennen und vertreten zu können. Wir erleben eine zunehmende Beschränkung, eine merkliche Zensur der, laut Artikel 19, Menschenrechtskonvention, garantierten Freiheit. Was immer dem politisch-medialen Komplex nicht passt, wird als Falschmeldung und Verschwörungstheorie verunglimpft und eben dieser Zensur unterworfen. Aktuell ist die gesamte Medienlandschaft im Sinne der EU/NATO-Interessen gleichgeschaltet. Wir werden mit Propaganda bombardiert. Es geht um nicht weniger als um Informations- und Meinungsfreiheit, um Versammlungsfreiheit, also um die Sicherstellung unserer Grund- und Freiheitsrechte!